

**Ironie der Geschichte:  
Deutschland darf im globalen  
Wettbewerb nicht kneifen**

Globalisierung wird in der öffentlichen Diskussion überwiegend mit Arbeitsplatzverlusten und unfairer Auslandskonkurrenz in Verbindung gebracht. Dabei verdankt Deutschland seinen Wohlstand vor allem offenen Grenzen und einem erfolgreichen Außenhandel. Wir exportieren jedes Jahr viel mehr Güter in das Ausland als umgekehrt. Für ein rohstoffarmes Land gibt es auch gar keine Alternative zur Bewahrung im internationalen Wettbewerb. Mehr als acht Millionen Jobs hängen bei uns direkt vom Export ab, das ist mehr als ein Fünftel aller Arbeitsplätze.

**Auf das Wesentliche konzentrieren**

Allerdings, es gibt auch Verlierer im Globalisierungsprozess. Während hoch qualifizierte Beschäftigte kaum Beschäftigungssorgen haben, liegt die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten in Deutschland über zwanzig Prozent. Ihnen erwächst weltweit Konkurrenz durch Menschen aus Ländern, in denen deutsche Niedriglöhne hohen Wohlstand bedeuten würden. Es fällt allerdings auf, dass andere Industrieländer mit diesem Problem offenbar erfolgreicher umgehen als wir. So herrscht etwa in den Niederlanden und Dänemark praktisch Vollbeschäftigung, während bei uns die Arbeitslosigkeit immer noch bei acht Prozent liegt. Die Ökonomie gibt klare

Empfehlungen für Hochlohnländer wie Deutschland. Wir sollten uns auf hoch qualifizierte Produkte und Tätigkeiten konzentrieren und den ärmeren Ländern die Produktion einfacherer Güter überlassen. Leider sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Statt uns dem internationalen Wettbewerb zu stellen, klammern wir uns mit Mindestlöhnen, Entsendegesetzen und Subventionen für sterbende Branchen quasi an schmelzende Eisschollen. So produzieren wir aber erst recht Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsverluste. Natürlich kann nicht jeder Geringqualifizierte zu einem IT-Spezialisten umgeschult werden. Auch in Hochtechnologieunternehmen gibt es aber so manches zu tun, wofür man nicht unbedingt ein Hochschulstudium braucht. Erst recht gilt das im Dienstleistungssektor, wo die Arbeitsplätze nicht so leicht durch Auslandskonkurrenz verdrängt werden können. Notfalls bieten sich auch Kombinationen aus selbst verdientem Einkommen und ergänzenden Transfers an. Wie das Beispiel anderer Länder zeigt, kann auf diesen Wegen durchaus Vollbeschäftigung in der Globalisierung erreicht werden. Mindestlöhne würden indessen die meisten dieser Lösungswege verbauen, weil diese dann schlicht ungesetzlich wären. Darum sollte man die Finger davon lassen.

Nicht Abwehrhaltung und Protektionismus, sondern offene Märkte und Flexibilität im Wettbewerb haben Deutschlands Erfolg in der Nachkriegszeit begründet. Kaum nachvollziehbar ist vor

diesem Hintergrund die Abkehr der Politik von allen ordnungspolitischen Grundsätzen. Zentrale Prinzipien der Marktwirtschaft wie Vertragsfreiheit, Privateigentum und Wettbewerb werden inzwischen nach Belieben eingeschränkt, bis hin zu ihrer faktischen Abschaffung auf den Arbeits- und Wohnungsmärkten. Trotz aller Lippenbekenntnisse zum Bürokratieabbau wird das deutsche Vorschriftendickicht immer komplexer, wobei der Staat zunehmend auch in die bürgerlichen Freiheiten eingreift. Gründe für den staatlichen Interventionismus sind meistens schnell gefunden: Mal ist es die soziale Gerechtigkeit, ein anderes Mal die Umwelt- oder die Familienpolitik oder der Verbraucherschutz. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien der Subsidiarität, der Marktkonformität und der Konsumentensouveränität, wonach staatliche Eingriffe im Zweifel nur das letzte Mittel sein sollten, scheinen weitgehend in Vergessenheit geraten.

### Abschied von Bewährtem

Sechzig Jahre nach Einführung der Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard ist Deutschland dabei, sich Schritt für Schritt von eben dem Wirtschaftssystem zu verabschieden, dem es seine beispiellose ökonomische und soziale Erfolgsgeschichte verdankt. Statt die Leistungsbereitschaft seiner Bürger zu fördern und ihre ökonomische Kompetenz zu nutzen, spielt der Staat sie in unproduktiven Verteilungskämpfen ständig gegeneinander aus. Mit wechselnden Mehrheiten werden auf diese Weise einmal die Rentner, dann wieder die Beschäftigten, die Familien oder die Arbeitslosen scheinbar begünstigt. Am Ende hat aber niemand etwas davon, weil echte Wohlstandsgewinne eben letztlich nur aus wirtschaftlichem Wachstum resultieren können.

Ludwig Erhard  
unter einem Gemälde Bismarcks  
während einer Sitzungspause im Jahre 1964.  
© picture-alliance/dpa, Foto: Kurt Rohwedder



Es ist eine Ironie der Geschichte, dass knapp zwanzig Jahre nach der Einheit wieder Ideen an Einfluss gewinnen, die den östlichen Teil Deutschlands schon einmal in die ökonomische und politische Katastrophe getrieben haben. Deutschland verdankt seinen Wohlstand nicht der Abschottung von Konkurrenz und der ängstlichen Vermeidung jeder Veränderung, sondern dem offensiven Agieren im Wettbewerb auf der Grundlage von privater Initiative und Verantwortung. Die historische Erfahrung belegt zudem eindrucksvoll, dass soziale Teilhabe und Vollbeschäftigung dazu keineswegs im Gegensatz stehen, im Gegenteil: Kein anderes Wirtschaftssystem hat jemals in so kurzer Zeit sowohl Vollbeschäftigung als auch massive Wohlstandsgewinne für alle hervorgebracht wie die deutsche Marktwirtschaft der Nachkriegszeit. Es wird höchste Zeit, sich daran wieder zu erinnern.